

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Karl Ravens MdL, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und SPD in Niedersachsen, kommentiert den von Albrecht und Stoltenberg vorgelegten Staatsvertragsentwurf: Eine ganze Portion Unverfrorenheit.

Seite 1/2

Hugo Brandt MdB fordert Maßnahmen gegen türkische Faschisten: "Heiliger Krieg" in der Bundesrepublik?

Seite 3/4

Klaus Thüsing MdB gibt einen Ausblick auf die Präsidentschaftswahlen im Iran: Hoffnungsvolle Wahlen.

Seite 5/6

Claus Arndt berichtet über ein Kolloquium in Bonn: Menschenrechte und Außenpolitik.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 17

24. Januar 1980

Eine ganze Portion Unverfrorenheit

Albrecht und Stoltenberg demontieren den NDR weiter

Von Karl Ravens MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und SPD in Niedersachsen

Der von den Herren Albrecht und Stoltenberg gewollte Zweiländersender steht nicht mehr in der liberalen Tradition des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik. Der von den Regierungschefs aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein gestern vorgestellte Staats-Vertragsentwurf verspricht einen unkritischen und regierungsabhängigen Sender. Es gehört schon eine ganze Portion Unverfrorenheit dazu, für diese neue Zweiländer-Anstalt den guten Namen des NDR einfach zu usurpieren. Es handelt sich allenfalls um einen NDR-Verschnitt, über den darüber hinaus permanent das Damoklesschwert einer weiteren Amputation durch die Öffnung des Senders für private Veranstalter schwebt. Es handelt sich um einen Demontagevertrag.

Wird dieser Vertragstext Realität, so erhält das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem in der Bundesrepublik einen schweren Schlag. Die Regierungskontrolle nimmt zu. Hinter der Nebelwand, den Parteieinfluß zurückzudrängen, kaschieren die beiden CDU-Landesherrn ihre Absicht, nunmehr selbst ver-



stärkt Einfluß auf die Geschicke des Senders zu nehmen. In der Tat: Hier wird eine neue Qualität unseres Rundfunkwesens geschaffen.

Einzelne Regelungen des Staatsvertrages sind verfassungsmäßig höchst problematisch:

- So können "auf Verlangen der Regierung eines Landes" jederzeit UKW-Frequenzen aus dem Bestand des Senders herausgebrochen und an andere Veranstalter - sprich private - abgetreten werden. Abgesehen von der Durchlöcherung des öffentlich-rechtlichen Systems werden die Länder-Parlamente damit in einer existentiellen Frage des Rundfunkwesens völlig draußen vorgelassen.
- Die Programmgrundsätze sind so detailliert und auf ein konservatives Weltbild zugeschnitten, daß sie in ihrer Gesamtheit den journalistischen Freiheitsraum stark einengen und nur noch faden Einheitsbrei erwarten lassen.
- Verfassungswidrig ist unserer Meinung nach der Ausschluß wichtiger gesellschaftlicher Gruppen - dazu gehören auch die Parteien - von der Mitwirkungsmöglichkeit im Rundfunkrat. Hiervon ist zum Beispiel die FDP in Niedersachsen und Schleswig-Holstein betroffen.
- Verfassungsrechtlich bedenklich sind auch die Zusammensetzung des Rundfunkrates, der von vornherein vier von zehn Mitgliedern aus dem staatlichen Bereich angehören, sowie die Geltungsdauer des Staatsvertrages bis in Jahr 1977 - das bedeutet eine Ausschaltung des Parlaments für die Dauer von vier Wahlperioden.

Die niedersächsischen Sozialdemokraten werden durch ein Rechtsgutachten sehr genau prüfen lassen, in welchen Punkten dieser Vertrag gegen geltendes Recht verstößt.

Die Frage bleibt, ob es noch eine Chance für einen Erhalt des NDR als Dreiländer-Anstalt gibt. Ich beurteile die Möglichkeit als äußerst gering. Albrecht hat auch jetzt wieder erklärt, er halte bei einem Dreiländer-Sender unter Einschluß Hamburgs an einem eigenen Radio Niedersachsen fest. Das aber ist der Punkt, bei dem Sozialdemokraten Hamburgs, Schleswig-Holsteins und Niedersachsens nicht mit sich reden lassen.

Ist der NDR aber wegen der Maximalforderungen Albrechts nicht mehr zu retten, muß, bevor die Herren Albrecht und Stoltenberg selbständig senden können, der alte NDR aufgelöst werden. Es muß liquidiert werden - mit all den langwierigen rechtlichen Problemen und gerichtlichen Auseinandersetzungen, die sich aus solch einer Abwicklung ergeben. Das kann sehr lange dauern. Bisher hat Herr Albrecht lediglich einen Vertragstext. Sein Pech ist, daß er damit nicht senden kann. (-/24.1.1980/vo-he/ca)



### "Heiliger Krieg" in der Bundesrepublik ?

Auseinandersetzungen unter Türken sind Signale für Mißstände,  
an denen die Bundesrepublik nicht unschuldig ist

Von Hugo Brandt MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Innenausschuß

Seit Jahren steigt die Zahl der Berichte über gewalttätige Auseinandersetzungen innerhalb der Gruppe der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik. Die deutsche Öffentlichkeit schien dies aber bisher kaum zu interessieren. Erst die gewalttätigen Ausbrüche der letzten Wochen werden hoffentlich auch diejenigen, die bislang abwegend die Spannungen innerhalb der Gruppe der türkischen Gastarbeiter ignorierten, aufge-  
weckt haben.

Fanatische Religiosität gepaart mit einem intoleranten und gewalttätigen Nationalismus, mit zum Teil faschistischen Zügen, gibt es nicht nur in der Türkei oder in anderen Teilen der islamischen Welt, sondern ist nachweisbar Teil des Alltags in den Ballungsgebieten unseres Landes, in denen vor allem die türkischen Gastarbeiter leben.

Eine Million türkischer Gastarbeiter, davon rund 100.000 in Berlin, leben und arbeiten in unserem Land. Ihre Wohnorte, wie zum Beispiel Berlin-Kreuzberg, haben nicht selten den Charakter von Slums. Ihre Lebensweise, Gebräuche und Traditionen, aber auch ihre politischen Auffassungen, sind der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Obwohl sie seit mehr als zwei Jahrzehnten mit uns gemeinsam leben, sind die türkischen Gastarbeiter den meisten Deutschen weitgehend fremd, vielleicht sogar unheimlich. Gleichgültigkeit und Ablehnung kennzeichnen die Haltung vieler Deutschen gegenüber den Türken in unserem Land.

Bemerkenswert ist für mich zum Beispiel, daß die Innenministerkonferenz erst am 9. Februar des vergangenen Jahres beschlossen hat, die Erkenntnisse im Bereich des Ausländerextremismus zu intensivieren und mehr geschultes, fachkundiges Personal einzustellen. Angesichts von mehr als 100 türkischen "Idealistenvereinigungen", die von der extrem rechten nationalistischen türkischen Partei MHP gegründet worden sind, mit etwa 23.000 Mitgliedern, und linksextremistischen türkischen Gruppierungen mit etwa 18.000 Mitgliedern, wird es meines Erachtens nach höchste Zeit für ein stärkeres Engagement des Staates und seiner Sicherheitsorgane.

Die Gewalttaten der letzten Wochen scheinen die Befürchtungen zu bestätigen, daß vor allem die rechtsradikalen türkischen Organisationen zum Mittel der Gewalt, Unterdrückung und Terror greifen. Hierbei haben sich vor allem die Mitglieder der "Partei der nationalistischen Bewegung (MHP)" und ihre Tarnorganisationen, die türkischen "Idealistenvereinigungen" und die Jugendorganisation "Graue Wölfe" hervor getan. Der "Graue Wolf", eine Figur aus der türkischen Mythologie und Sage, ist heute zu einem Symbol der Unterdrückung und Gewaltanwendung gegenüber den türkischen Landsleuten geworden. Wir haben faschistische Tendenzen in unserem Land nur in einem bedeutungslosen Umfang, und wir werden alles dazu tun, daß es so bleibt. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, daß uns faschistische Tendenzen importiert werden. Es gibt Hinweise dafür, daß unter dem Deckmantel der freien Religionsausübung in Koranschulen und Moscheen das Klima für weitere Gewalttaten bereitet wird. Die Ereignisse in Berlin -



bei einer Massenschlägerei wurde ein türkischer Mitbürger getötet - dürfen nicht ohne Konsequenzen bleiben. Hierzu könnte zum Beispiel gehören:

- Der Bundesinnenminister sollte ernsthaft prüfen, ob nicht einige der türkischen Organisationen, die zu Gewaltanwendungen neigen, verboten werden könnten. Neben der Signalwirkung würde eine solche Maßnahme die Ausweisung derjenigen erleichtern, die gegen ein solches Verbot verstießen.
- Obwohl die Religionsfreiheit in unserem Land grundgesetzlich geschützt ist, müssen die Behörden gesicherte Erkenntnisse darüber gewinnen, ob in den sogenannten Koranschulen junge Menschen zur Gewaltanwendung verführt und vorbereitet werden.
- Am wichtigsten scheint mir aber zu sein, daß wir uns darüber klar werden, daß der Ausbruch von Gewalt unter unseren türkischen Mitbürgern seine Ursache nicht zuletzt in den unerträglichen Lebensumständen dieser Menschen hat. Katastrophale Wohnverhältnisse und eine überdurchschnittlich hohe Jugendarbeitslosigkeit schaffen das Klima, aus dem heraus Gewalt und Terror entstehen. Menschen, die mit der Hoffnung auf ein besseres Leben in unser Land gekommen sind, die aber schließlich im Elend und am Rande unserer Gesellschaft leben müssen, werden zwangsläufig leicht zu Opfern einer fanatischen Ideologie. Die Vergangenheit und Gegenwart kennt hierfür zahlreiche Beispiele, die uns nachdenklich machen sollten.

Die Ereignisse in Berlin scheinen mir ein Signal dafür zu sein, daß wir uns verstärkt den Problemen unserer türkischen Mitbürger annehmen müssen. Voraussetzung ist aber unsere Bereitschaft, sie überhaupt verstehen zu wollen, und daran scheint es mir überall zu mangeln.

(-/24.1.1980/v0-he/ca)

+

+

+



### Hoffnungsvolle Wahlen

-----

124 Kandidaten bewerben sich morgen in Iran um das Präsidentenamt

Von Klaus Thüsing MdB

Mitglied der deutsch-iranischen Parlamentariergruppe

Mit dem morgigen 25. Januar sind, was den Iran betrifft, allerlei Hoffnungen verknüpft: Wenn es keine Terminverschiebung gibt, wird am Freitag der künftige Staatspräsident gewählt. Von der Wahl erhofft sich die iranische Bevölkerung einen deutlicheren Regierungskurs und die energische Durchführung von Reformprogrammen, die auf dem Papier längst konzipiert sind und auch den Segen des Revolutionsrates haben.

Die Vielfalt politischer Strömungen im Lande läßt sich schon an der Zahl der Bewerber um das Präsidentenamt ablesen: 124 Männer versuchen die Mehrheit der Wähler für sich zu gewinnen. Wirkliche Chancen werden freilich nur vier oder fünf von ihnen eingeräumt, und das auch erst, seit die mächtigste politische Gruppierung, die "Partei der islamischen Republik" in der vergangenen Woche ihren Kandidaten, Saladdin Farsi, zurückgezogen hat. Man hatte nämlich festgestellt, daß noch sein Vater afghanischer Staatsbürger war und das hätte gegen die Verfassung verstoßen.

Seit Farsis Rückzug, ist das Rennen wieder offen. Bei allen Spekulationen fällt zur Zeit an erster Stelle der Name des Wirtschaftswissenschaftlers und jetzigen Wirtschafts- und Finanzministers Abdol Hassan Bani-Sadr. Nach seinen Vorstellungen würde sich der Iran auf eine Art islamischen Sozialismus hinbewegen. Damit verbunden wäre der Abbau der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA. Neben viel Sachkenntnis, verfügt Bani-Sadr über politische Weitsicht. Davon zeugt auch sein Wahlkampf, den er bereits seit Monaten bei Frauenorganisationen, Stadtviertelräten und anderen Basisorganisationen geführt hat.

Gute Chancen werden auch dem Juristen und Sprecher des Revolutionsrates Hassan Habibi eingeräumt, der sich als aufgeklärter islamischer Interpret vor allem in intellektuellen Kreisen einen Namen gemacht hat. Unter der breiten Bevölkerung ist er dagegen weniger bekannt.

Ebenfalls zu den führenden Figuren zählt der erst kürzlich abgelöste Oberbefehlshaber der Marine, Madani, der sich als Gouverneur der Ölprovinz Khusistan Meriten erworben hat. Durch sein umsichtiges Vorgehen wurden militärische Auseinandersetzungen wie sie monatelang in Kurdistan an der Tagesordnung waren, in dieser Größenordnung vermieden. Auch Madani hat sich, seit der Wahltag feststand, intensiv um die Wählerschaft bemüht.

Von den Politikern der alten Garde hat nur der frühere Arbeitsminister und noch amtierend Ministerrat Farouhar gewisse Aussichten. Er ist Vorsitzender der "Partei des iranischen Volkes" - früher Teil der "Nationalen Front" - und hat eine wichtige Rolle in den Verhandlungen zur Beilegung des Kurdenkonflikts gespielt. Da Farouhar selbst Kurde ist, wird damit gerechnet, daß er insbesondere Stimmen aus dem Lager der nationalen Minderheiten bekommt. Auch die Gruppe derer, die die Entwicklung des Landes nicht so stark nach dem Islam ausgerichtet sehen möchten, wird für Faroujar votieren.

Sowohl für Außenminister Sadegh Ghotbzadeh wie auch den früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten Sadegh Tabatabai stehen die Zeichen nicht besonders gut. Ihnen wird vorgeworfen, die künftige wirtschaftliche Entwicklung des Iran zu stark auf Westeuropa ausrichten zu wollen. Beide hätten nur eine Chance, wenn sie entweder die Unterstützung



Khomeini hätten oder die "Partei der islamischen Republik" eine entsprechende Wahlempfehlung aussprechen würde. Beides ist aber unwahrscheinlich. Mit einer Ausnahme, nämlich der Empfehlung, nur solche Personen zu wählen, die auch bei der Abstimmung über die Verfassung mit "Ja" gestimmt haben, hat sich der Ayatollah bisher völlig aus dem Wahlkampf herausgehalten.

Wenn Morgen zwei oder drei Bewerber die gleiche Stimmzahl bekommen, müssen sich diese in einer Woche erneut zur Wahl stellen.

Mit den Präsidentschaftswahlen verknüpfen aber nicht nur die Iraner bestimmte Hoffnungen. Auch die restliche Welt, an der Spitze die USA, erwartet nach der Entscheidung einen durchsetzungsfähigeren, vielleicht auch nachgiebigeren Gesprächspartner anzutreffen. Aus diesem Grund hat Carter die als Druckmittel zur Freilassung der Geiseln geplanten Wirtschaftssanktionen erst einmal zurückgestellt.

Die Hoffnung, daß nach dem Wahltag wieder Bewegung in die festgefahrene Geiseln-affaire kommt, ist nicht unbegründet. Vorschläge zur Lösung sind mittlerweile aus vielen Teilen der Welt eingegangen.

Das Verhandlungspaket, das zwischen UN-Generalsekretär Waldheim, Außenminister Ghotbzadeh und dem irischen Friedensnobelpreisträger Sean McBride vereinbart wurde, könnte realistisch sein. Hauptpunkte der Vereinbarung: Eine internationale Kommission anerkannter Juristen insbesondere aus Entwicklungsländern sollte von den Vereinten Nationen eingesetzt werden, um die dem gestürzten Schah vorgeworfenen Verbrechen zu untersuchen. Dabei würden auch die Geiseln als Zeugen vernommen. Das Untersuchungsergebnis dieses Gremiums sollte anschließend dem Sicherheitsrat oder der UNO-Vollversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden. Bei der Entscheidung seien sowohl die Forderungen des Iran nach Auslieferung von Reza Pahlawi und Rückgabe seiner Reichtümer wie auch das Verlangen der USA nach Freilassung der Geiseln zu berücksichtigen.

Diese Vorschläge, obwohl bereits bis ins Detail von iranischen und westeuropäischen Juristen wie dem Franzosen Nuri Albala ausgearbeitet, kamen bisher nicht zum Zuge. Waldheim fand für seinen Plan keine Zustimmung bei den USA und im Iran gab es niemanden, der entsprechende Machtbefugnisse und das damit verbundene Durchsetzungsvermögen hatte.

In der jetzigen Auf- und Umbruchsituation, in der sich der Iran befindet, kann internationaler Druck nur schaden. Dem Volk, das jahrzehntelang unter eine der blutigsten Diktaturen gelitten hat, muß nun die Möglichkeit gegeben werden, eigene demokratische politische Strukturen zu entwickeln und seine eigene kulturelle Ausdrucksform wieder zu finden. Die Bundesregierung sollte sich daher nicht an wirtschaftlichen Sanktionen beteiligen, falls der NATO-Partner USA dies beschließen sollte.

(-/24.1.1980/vo-he/ca)

+ + +



### Menschenrechte und Außenpolitik

---

Die Amerikanische Sektion der Internationalen Juristenkommission gab Kolloquium in Bonn

Von Dr. Claus Arndt, Hamburg

Seit Jimmy Carter das Amt des Präsidenten der USA übernommen hat, ist das Spannungsverhältnis zwischen der Bewahrung und Förderung der Menschenrechte und der Außenpolitik in einer Welt, in der in einer Vielzahl von Staaten die Menschenrechte verletzt werden, besonders deutlich hervorgetreten. Darum ist es verdienstvoll, daß die Amerikanische Sektion der Internationalen Juristenkommission sich bemüht, in jedem Jahr gemeinsam mit einer anderen nationalen Sektion dieser Organisation dieses Thema durch internationale Kolloquien weiter zu diskutieren und einer besseren Klärung zuzuführen. Nach der britischen war 1980 die deutsche Sektion hierfür Gastgeber in Bonn.

So gab es im großen Sitzungssaal des Auswärtigen Amtes in der vergangenen Woche zum Teil eindrucksvolle Berichte und Debattenbeiträge aus deutschem und amerikanischem Mund. In einer Zeit zunehmender internationaler Spannungen und mancher Gefährdung der Entspannungspolitik war es tröstlich, einen relativ positiven und optimistischen Bericht des deutschen Staatssekretärs van Well über jene Fortschritte zu hören, die bei der Durchsetzung auch der individuellen Menschenrechte in der Welt der Diplomatie in den letzten Jahren zu beobachten waren. Manchem Zuhörer, der nicht ständig mit der täglichen Kleinarbeit auf diesem Gebiet befaßt ist, wurde deutlich, welchen Fortschritt hier der UN-Pakt für bürgerliche und politische Rechte neben dem UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, vor allem aber die Schlußakte der KSZE von Helsinki gebracht haben.

Als sehr eindrucksvoll muß auch der Bericht bezeichnet werden, den die deutsche Bevollmächtigte beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Ministerialdirigentin Irene Maier vom Bundesjustizministerium, über die Gewährleistung der Menschenrechte durch die Bundesrepublik Deutschland erstattete, während die engagierte Stellungnahme der Bundestagsabgeordneten Brigitte Erler über die Mittel zur Durchsetzung der Menschenrechte im zwischenstaatlichen Verkehr besonders innerhalb der deutschen Delegation jene Gegensätze deutlich werden ließ, die auch sonst vielfach die Bundestagsdebatten zu diesem Thema bestimmen.



Oppositionsvertreter entgingen auch vor diesem Forum nicht der Versuchung, das Ringen um die Durchsetzung der Menschenrechte als Instrument der Verfolgung bestimmter politischer Ziele zu benutzen. Erschreckend war jedoch, daß ausgerechnet ein Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes eine Lanze für den machiavellistischen Einsatz der Menschenrechte im Rahmen nationaler Macht- und Interessenpolitik brach.

Bei den amerikanischen Beiträgen war für den deutschen Beobachter besonders interessant, mit welcher Offenheit hier Vertreter der Administration Verhalten und Politik ihres eigenen Parlaments - vor allem des nicht vertretenen Senats - kritisierten, ohne dabei auf den Widerspruch der anwesenden Mitglieder des Repräsentantenhauses zu stoßen. In der Sache wird man im Interesse der westlichen Welt allerdings das Plädoyer der Exekutive zur Überwindung der parlamentarischen Widerstände gegen die Ratifikation der völkerrechtlichen Vereinbarungen zum Schutze der Menschenrechte durch die USA nur unterstützen können. Zugleich wurde aber an den Beispielen Koreas, Pakistans und anderer Staaten deutlich, welche fast unüberwindlichen Schwierigkeiten sich einer Supermacht zwischen der Wahrung lebenswichtiger Interessen und dem Ringen um die Durchsetzung von Menschenrechten entgegenstellen. Es ehrt die amerikanischen Teilnehmer, daß sie dieses Dilemma in aller Offenheit auch vor einem internationalen Forum ausgebreitet haben.

So liegt es auf der Hand, daß das Bonner Kolloquium keine Lösung der Widersprüche zwischen dem Kampf um mehr Menschenrechte überall in der Welt (das eigene Haus eingeschlossen) und einer sowohl verantwortungsbewußten wie realistischen Außenpolitik anbieten konnte. Dennoch sollte man den unbezweifelbaren Wert einer offenen Aussprache zwischen den Vertretern zweier befreundeter und verbündeter Völker zu diesem Thema nicht unterschätzen. (-/ 24.1.1980/vo-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

